

16.04.2013

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Frau Senatorin Blankau trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/921, betreffend

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer
Gebühr für Grundwasserentnahmen (5. Gesetz zur Änderung des
Grundwassergebührengesetzes),

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.
2. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler



Senatskanzlei

Für die Richtigkeit

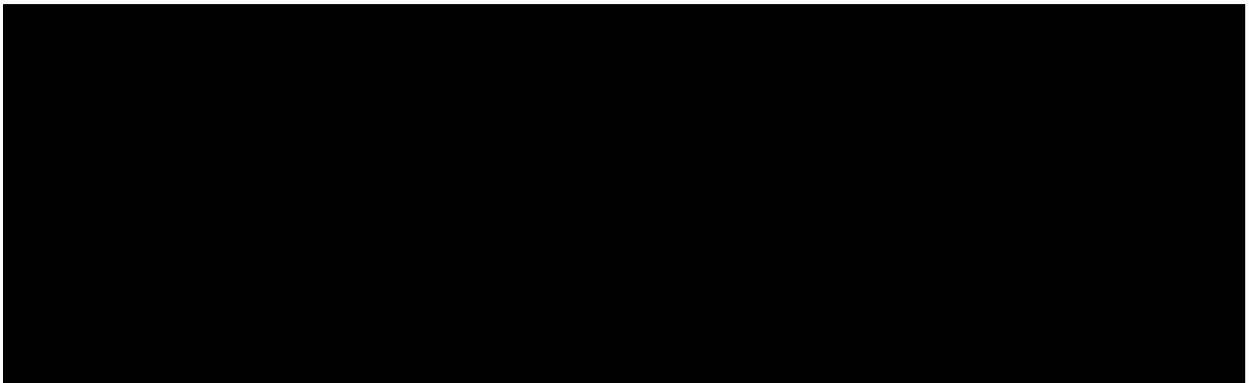
A. Hitzel
Annette Hitzel

Berichterstattung:
Senatorin Blankau
Staatsrat Sachs
Staatsrat Lange

TOPIK 1
Büro

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2013/00921
vom: 04.04.2013
für den Senat
am: 16.04.2013
IV

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (5. Gesetz zur Änderung des Grundwassergebührengesetzes)



A. Zielsetzung

Erzielung von Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Grundwasserentnahmegebühr zur Sicherstellung der ökologischen Steuerungsfunktion sowie als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2013; Schaffung der Möglichkeit einer vereinfachten Anpassung der entgeltpflichtigen Tatbestände, der Befreiungs- und Ermäßigungstatbestände und der Höhe der Gebühr für die Zukunft.

B. Lösung

Anhebung der Gebührensätze für die Entnahme von Grundwasser für das Jahr 2013 durch Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (GruwaG) um drei Prozent, sowie Schaffung einer Verordnungsermächtigung, durch welche der Senat in Zukunft die entgeltpflichtigen Tatbestände, die Höhe der Gebühr und die Ausgestaltung der Befreiungs- und Ermäßigungstatbestände der Grundwasserentnahmegebühr festlegen kann.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch die Erhöhung der Gebührensätze für die Entnahme von Grundwasser um drei Prozent sind ab 2013 jährlich Mehreinnahmen von rd. 377 Tsd. Euro zu erwarten.

Aus der Schaffung der Verordnungsermächtigung ergeben sich zunächst keine finanziellen Auswirkungen. Ab dem Jahr 2014 wären bei einer Umsetzung der im Haushaltsplan 2013/2014 vorgesehenen Erhöhung im Rahmen der neu geschaffenen Verordnungsermächtigung Mehreinnahmen von etwa 388 Tsd. Euro jährlich zu erwarten.

ten. Eine lineare Erhöhung der Gebühren ab 2014 sollte sich dabei nicht zulasten der Ergebnisabführungen der Hamburger Wasserwerke GmbH an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH oder deren Verlustausgleich (Titel 9590.682.10) auswirken.

Die Mehreinnahmen sind im Haushaltsplan 2013/2014 sowie in der Mittelfristigen Finanzplanung beim Titel 6700.111.02 „Einnahmen aus der Grundwassergebühr“ berücksichtigt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Erhöhung der Gebühr für die Grundwasserentnahme führt ab 2013 zu Mehreinnahmen von rd. 377 Tsd. Euro. Wenn die vorgesehene Gebührenerhöhung im Rahmen der neu geschaffenen Verordnungsermächtigung umgesetzt wird, sind ab 2014 Mehreinnahmen in Höhe von rd. 388 Tsd. Euro zu erwarten. Diese Mehreinnahmen wirken sich über die Ergebnisrechnung erhöhend auf das Eigenkapital der FHH aus.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Durch die Erhöhung der Gebühren werden private Eigenförderer und insbesondere die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) belastet. Die HWW hat die erwarteten Auswirkungen auf ihren Gewinn im Rahmen der Anpassung der Wasserpreise zum 1. Januar 2013 (Senatsdrucksache 2012/02356 vom 26. Oktober 2012, S. 4) im Vorgriff bereits berücksichtigt.

F. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf eine Änderung des Gesetzes.

H. Anlage